LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

Das Politische System Deutschlands

Prof. Dr. Robert Kaiser

Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft
Geschwister-Scholl-Institut

**Fünfte Sitzung:
Wahlrecht, Wahlsystem und Wahlverhalten**

**Pflichtvorlesung im Wintersemester 2008/09
Donnerstag, 10-12 Uhr, Hörsaal A 240, Hauptgebäude**

Überblick

1. **Wahlrecht: Verfassungsgrundsätze und Wahlgesetz**
2. **Wahlsystem I: Die Ausprägung des Verhältniswahlsystems auf der Bundesebene**
3. **Wahlsystem II: Die Wahlsysteme der Länder**
4. **Wahlsystem III: Kommunal- und Europawahlen**
5. **Wahlverhalten I: Vier Erklärungsansätze**
6. **Wahlverhalten II: Entwicklung des Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen**

1. Wahlrecht: Verfassungsgrundsätze und Wahlgesetz

Art. 38 GG:

- (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
- (2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.
- (3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

Regelungsbereiche des Bundeswahlgesetzes:

- Grundzüge des Wahlsystems (Zahl der Abgeordneten, Wahlkreiseinteilung, Sperrklausel)
- Wahlorgane (Bundes-, Landes- und Kreiswahlleiter, Wahlvorsteher)
- Nähere Regelungen zum Wahlrecht
- Bestimmungen zur Durchführung von Wahlen im Bundesgebiet

2. Wahlsystem I: Die Ausprägung des Verhältniswahlsystems auf der Bundesebene (I)

Das personalisierte Verhältniswahlrecht als Kompromiss im Parlamentarischen Rat

- Ablehnung der reinen Verhältniswahl von dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Weimarer Republik (Zersplitterung der Parteienlandschaft).
- Unionsparteien konnten sich mit ihrer Forderung nach einem relativen Mehrheitswahlrecht nicht gegen die kleineren Parteien durchsetzen.
- Akzeptiert wurde schließlich der Kompromissvorschlag der SPD:
 - Bestimmung der Hälfte der Abgeordneten durch relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen, aber:
 - Festlegung der Sitzverteilung im Bundestag nach dem Zweistimmenverhältnis
 - Einführung einer Fünf-Prozent-Hürde

2. Wahlsystem I: Die Ausprägung des Verhältniswahlsystems auf der Bundesebene (II)

Das Verhältniswahlsystem im Wandel:

- 1953: Verschärfung der Sperrklausel, Einführung getrennter Stimmen für den Wahlkreisabgeordneten und die Landesparteiliste.
- 1956: Neubemessung der Direktmandate zur Umgehung der Sperrklausel
- 1985: Umstellung des Verrechnungsverfahrens (von d'Hondt zu Hare/Niemeyer)
- 1990: Sonderregelung zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl
- 2008: Umstellung des Verrechnungsverfahrens (von Hare/Niemeyer zu Sainte-Laguë/Schepers)

Ermittlung der Mandatszahlen bei Bundestagswahlen – Vier Schritte:

1. Abzug aller Zweitstimmen, die auf Parteilisten entfallen sind, die an der Grundmandatsklausel gescheitert sind.
2. Stimmenberechnung nach jeweils geltendem Verrechnungsverfahren.
3. Aufteilung der Sitze auf die Landeslisten.
4. Berücksichtigung der Direktmandate und Bestimmung der Überhangmandate.

3. Wahlsystem II: Die Wahlsysteme der Länder

Identische Bedingungen von Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen

- Verhältniswahlrecht (Verrechnung entweder nach d'Hondt oder Hare/Niemeyer)
- Fünf-Prozent-Klausel (Sonderfall Bremen!)

Länderspezifische Regelungen:

- Wähler haben nur eine Stimme (BW, NRW, Saarland, Bremen),
- Offene Landeslisten mit der Möglichkeit der Personenwahl (Bayern, BW)
- Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens (Hamburg)
- Variierende Regelungen zum Verhältnis von Direkt- und Listenmandaten
- Unterschiedliche Dauer der Legislaturperioden

4. Wahlsystem III: Kommunal- und Europawahlen

Identische Bedingungen von Wahlen zum Bundestag und bei Kommunal- und Europawahlen:

- Verhältniswahlrecht
- Fünf-Prozent-Hürde (nur Europawahl)

Bandbreite der Variationen:

- Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen in Bremen und dem Saarland,
- Sowohl Listenwahlen (NRW, Saarland) als auch Personenwahlen (Niedersachsen u.a.) bei Kommunalwahlen,
- EU-Ausländer, die sich länger als drei Monate in der Bundesrepublik aufhalten, sind bei Europa- und Kommunalwahlen wahlberechtigt,
- Aktives Wahlrecht ab 16 Jahren in 7 Bundesländern,
- Kommunalwahlen: Kumulieren in 10, panaschieren in 5 Bundesländern,
- Europawahl in Deutschland: Geschlossene Bundesliste oder Landeslisten

5. Wahlverhalten I: Vier Erklärungsansätze (I)

Der mikrosoziologische Ansatz (Lazarsfeld et al. 1944)

- Die individuelle Wahlentscheidung wird bestimmt durch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Gruppen mit festen politischen Verhaltensnormen.
- Der Ansatz kann insbesondere die Stabilität des Wahlverhaltens erklären, jedoch nicht die Motivation von Wechselwählern.

Der makrosoziologische Ansatz: Das Cleavage-Modell (Lipset / Rokkan 1967)

- Parteien und die von ihnen politisierten Wählergruppen verorten sich im politischen Raum entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien.
- Der Ansatz kann stabile Koalitionen zwischen Parteien und Wählerschaft erklären, nicht aber individuelles Wahlverhalten.
- Problem: wie verändern sich Cleavage-Strukturen und wie reagieren Parteien auf veränderte Konfliktlinien.

5. Wahlverhalten I: Vier Erklärungsansätze (II)

Der sozialpsychologische Erklärungsansatz (Campbell et al. 1960)

- Im Zuge der politischen Sozialisation entwickeln sich längerfristige individuelle Parteiidentifikationen, die die Wahlentscheidung ebenso beeinflussen wie eine kurzfristigere Kandidaten- und Issueorientierung.
- Dieser Erklärungsansatz erklärt insbesondere das Verhalten von Nicht- und Wechselwählern und dient heute als wesentliche Grundlage für Wahlprognosen.

Der Erklärungsansatz des rationalen Wählers (Downs 1957)

- Ein rationaler Wähler entscheidet sich für die Partei, durch deren Politik sein individueller Nutzen maximiert wird.
- Probleme: Ist Wahlbeteiligung aufgrund des geringen Gewichts der einzelnen Stimme überhaupt rational? Wie erklärt sich das Wahlverhalten zugunsten kleinerer Parteien?

6. Wahlverhalten II: Entwicklung des Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen

Zentrale Entwicklungstrends:

- Fortschreitende Entkopplung von Sozialstruktur und Wahlverhalten
- Rückgang der Parteiidentifikation
- Gründe:
 - Erosion der politisch-sozialen Milieus,
 - Individualisierung der Lebenslagen,
 - Bildungsexpansion
- Im Ergebnis: Zunahme situationsbezogener und kurzfristigerer Faktoren für den Wahlentscheid:
 - Problemlösungskompetenz
 - Amtsbonus

Literatur (I)

Campbell, Angus / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald E. Stokes, 1960: The American Voter, New York: John Wiley.

Downs, Anthony, 1957: An Economic Theory of Democracy, New York: Harper.

Korte, Karl-Rudolf / Manuel Fröhlich, 2004: Politik und Regieren in Deutschland, Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn u.a.: Ferdinand Schönigh/UTB, S. 143-169.

Lazarsfeld, Paul F. / Bernard Berelson / Hazel Gaudet, 1944: The People's Choice: How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign, New York/London: Columbia University Press.

Literatur (II)

Lipset, Seymour Martin / Stein Rokkan (eds.), 1967: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York: Free Press.

Rudzio, Wolfgang, 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161-193.

Schmidt, Manfred G., 2007: Das Politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder, München: C.H. Beck, S. 43-82.

Material

Die Foliensätze zur Vorlesung sind abrufbar unter:

<http://www.robert-kaiser.de/Lehre/Material/material.html>